

14./X. 1916

Zur Frage der Parla- mentseinberufung.

In einem Artikel, der für die Einberufung des Reichsrates eintritt, versicht die „N. Fr. Z.“ anscheinend unter dem Eindrucke der christlichsozialen Rundgebung, ebenfalls die Anschauung, daß sich der Reichsrat gegebenenfalls hauptsächlich mit den Fragen der Kriegswirtschaft befassen solle:

Die Nahrungspolitik überschattet alle Länder, auch die feindlichen, und für den Staat bilden sich riesengroße Pflichten heraus, von denen er früher nichts wußte. In jeder Familie ist die unmittelbare Erscheinungsform des Krieges der tägliche Kampf um Brot, Mehl, Fett, Kartoffeln und Gemüse (Aber auch Mäzzen, um Fleisch, um Leder und Kleiderstoffe, um Kohlen, Papier usw. — D. N.) Erzeugung, Verteilung, Preis, Vorratshaltung, das ganze Leben der Einzelnen und der Gesamtheit muß neu aufgebaut und gesichert werden. Die Verstaatlichung eines Warenbetriebes, in dem viele Milliarden umzusetzen sind und bei dem die leiseste Störung vermieden werden muß, ist schon an sich ein Gigantenwerk, das in dicht bevölkerten Großstaaten seit der französischen Revolution nicht einmal versucht worden ist. Wegen der Nahrungspolitik hat die Frage des Einlenkens in die parlamentarischen Wege eine so hohe Bedeutung. Fängt erst der Rhythmus der parlamentarischen Arbeit wieder an, dann hört er auch nicht wieder auf. Nur muß in den Mittelpunkt die Nahrungspolitik gestellt werden als Bürgschaft, daß die Parteien in Ruhe und Würde tun wollen, was sie dem Volke schuldig sind. Die Delegation wäre das Vorparlament, die erste Gelegenheit, auch die Nahrungspolitik zu besprechen, die eine so enge Verbindung mit den Widerstandskräften des Krieges hat.

In der Rundgebung der Christlichsozialen ist der Kern der Sache kürzer und gemeinverständlicher umschrieben: „Bekämpfung der auf den verschiedensten Gebieten die breiten Volksschichten schädigenden Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen“. Und der Obmann des niederösterreichischen Bauernbundes R. U. Stöckler sagte beinahe noch eindeutiger in seiner Rede in Amstetten: „Eine Verordnung folgt der anderen, um namentlich in der Versorgungsfrage dem Feinde die gehaltte Faust zeigen zu können, allein das Heer der Kriegsparasiten ist schwer auszurotten; auf der Bühne des Volksparlaments kann man darüber schon eingehender sprechen.“ Einigermassen erspriechliche Nahrungspolitik läßt sich nur treiben, wenn sie sich in der hier angedeuteten Richtung bewegt. Auch die bestgemeinten Verordnungen, auch die genialst erdachten Organisationsysteme sind noch kein Nahrungsmittel. Man muß die Sache auch von der negativen Seite angehen und alles auszuschneiden trachten, was die Produktion hemmt, eine gerechte Verteilung des Produzierten beeinträchtigt, einer mißbräuchlichen Verwendung des Verteilten Vorschub leistet und an künstlich hervorgerufenen, nicht in der Sache begründeten Preiserhöhungen sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Die Ueberzeugung ist allgemein, daß es sich leidlich leben ließe, wenn das „Heer der Kriegsparasiten“ nicht sein Unwesen treiben könnte.

Auch das sozialdemokratische Zentralorgan befaßt sich mit der Frage der Parla-mentseinberufung, beziehungsweise mit der Stellungnahme der Christlichsozialen und dem Kommentar der „Reichspost“. Augenscheinlich gefällt der „N. Z.“ weder jene noch dieser, weshalb sie behauptet, daß sich unser Aufsatz „um die Frage der Einberufung des Reichsrats herumdrücke“, Parlament und Krone einander „gegenüberstelle“, die „Uebermacht des Parlaments fürchte“ und hinter Redensarten „die Abneigung gegen das Parlament und die Verehrung des § 14 vertusche“. So oder ähnlich erwidert das Demagogentum immer, wenn ihm sein eigener Spiegel vorgehalten wird. Die Antwort darauf ist schon in unserem Artikel enthalten, gegen dessen gemeinverständlichen Wortlaut mit Behauptungen einer an Demagogitis franken Phantasie nicht aufzukommen ist. Es nützt alles nichts: An dem unbequemen Arbeitsprogramm, das die Christlichsozialen einer

etwaigen Reichsratsstagung empfohlen haben, führt kein Manöver mehr vorbei.